

Die EU braucht selbstbewusste Länder

Wb/wb) SOFIA. Das Hauptziel Bulgariens müsse es sein, das Land zu einem konstruktiven EU-Mitglied zu machen, um so ein positives Image zu erhalten, erklärte Michael Link, Abgeordneter der Freien Demokratischen Partei (FDP) im Deutschen Bundestag, bei einem Gespräch mit bulgarischen Journalisten. Es fand im Mai, kurz vor den Wahlen zum Europäischen Parlament, statt und wurde von der Friedrich Naumann Stiftung in Sofia organisiert.

Projektleiter der Naumann Stiftung in Bulgarien Wolfgang Sachsenröder erklärte, dass die Stiftung in Bulgarien mit allen drei liberalen Parteien zusammenarbeite: mit der Bewegung für Rechte und Freiheit (DPS), der Nationalen Bewegung Simeon II (NDSV) und Novoto vreme.

Des weiteren ging es um die Frage, wie man gleichzeitig zwei Gegnerparteien (NDSV und DPS) bei den Wahlen in das europäische Abgeordnetenhaus unterstützen könne. Für Michael Link ist die wichtige Rolle beider Parteien im politischen Leben Bulgariens entscheidend. Unter internationalen Gesichtspunkten seien beide Parteien vorrangig liberal und damit Partner. Es gebe in anderen europäischen Ländern wie Dänemark, den Niederlanden oder Mazedonien ähnliche Situationen. Das Wichtigste sei in diesem Zusammenhang, dass beide Parteien sich selbst als liberal definieren und die liberalen Prinzipien im politischen Raum einhalten. Die DPS habe zwar eine sehr spezifische Wählerschaft, dies dürfe die Partei jedoch nicht stören, da es bereits Minderheitenparteien im EU-Parlament gebe, darunter die Partei der schwedischen Minderheit in Finnland.

Auch auf den Einwurf der anwesenden Journalisten, dass eine Partei, die als Vertretung der türkischen Minderheit in Bulgarien fungiere, anders zu betrachten sei, besonders hinsichtlich der Debatte um die potentielle EU-Mitgliedschaft der Türkei, konnte Link rasch antworten. Die EU brauche keine Länder, die nur „ja“ oder „nein“ sagen. Die Gemeinschaft brauche selbstbewusste Länder, die ihre Position vertreten und aktiv mit den Europäischen Institutionen in den Bereichen der Europäischen Verfassung, der Westbalkanregion oder eben auch im Bereich der türkischen EU-Mitgliedschaft zusammenarbeiten, so Link.

Die Chefredakteurin des Wirtschaftsblattes, Betty Ganewa, erklärte, dass die Türken in Bulgarien keine Handelsunternehmen wie die türkische DPS bräuchten, um ihre Interessen zu verteidigen. In den Landesteilen mit hohem türkischstämmigen Bevölkerungsanteil wohnen Türken und Bulgaren überwiegend problemlos zusammen. Dieser Erfolg ist nicht Dogan zuzuschreiben, sondern den beiden Ethnien, die seit Jahrhunderten in Toleranz zusammenleben. Ausschließlich in Teilen mit rein bulgarischstämmiger Bevölkerung überwiege eine negative Einstellung gegenüber der Türken. So äußere die Mehrheit ihren Unmut gegenüber Achmed Dogan, dem Vorsitzenden der DPS, so Ganewa weiter. Dies sei auch der Entstehungsgrund nationalistischer Parteien wie Ataka. Dem stimmte Link zu und ergänzte, dass solche Fraktionen bei entsprechender guter wirtschaftlicher Lage zwar schnell wieder von der politischen Bühne verschwinden, dass während ihres Bestehens jedoch auch Medien aus anderen Ländern

auf das Phänomen aufmerksam werden. Am konkreten Beispiel habe die deutsche Presse gründlich über Ataka und deren Einstellung zu den Minderheiten recherchiert, so Link weiter. Das Problem sei, dass daraus viele negative Folgen für das Image Bulgariens resultieren. Link hob hervor, dass das bulgarische ethnische Modell trotzdem ein Erfolg für die südosteuropäische Region sei und in anderen Ländern so nicht existiere. Bulgarien brauche dringend eine durchdachte PR-Strategie, die auf den europäischen Medienmarkt gerichtet werden soll, sagte Link weiter. In der EU-Normalität gebe es keinen Unterscheid zwischen innen und außen, daher müsse der Fokus auf den europäischen Medien liegen, da diese alle europäischen Fragen widerspiegeln. Auf die Frage der Journalisten, wie er sich über aktuelle Ereignisse in Bulgarien informiere, nannte Link Publikationen wie das bulgarische Wirtschaftsblatt, da diese „objektiv und unabhängig“ seien.

Michael Georg Link ist seit 2005 Mitglied des Bundestages. Dort ist er Sprecher für den Haushalt und die Finanzen der EU. Außerdem ist er Ordentliches Mitglied in der Parlamentarischen Versammlung OSZE-OSZE PV, Stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss, Ordentliches Mitglied in den Unterausschüssen des Haushaltsausschusses Fragen zur EU und Angelegenheiten der EU. Er ist auch stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Bulgarischen Parlamentariergruppe. Im März 2007 ist die Friedrich Naumann Stiftung mit ihrem Regionalbüro für Mittel-, Ost- und Südosteuropa, Südkaukasus und Zentralasien von Budapest nach Sofia umgezogen.